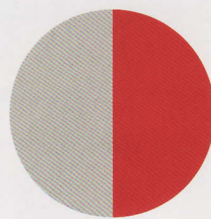


ZAHL DES MONATS

Über **50%**
der Heimbewohner
stürzen mindestens
einmal pro Jahr.



Von den zu Hause lebenden
Menschen über 65
ist es hingegen nur etwa jeder

vierte

EU-PLÄNE ZUR PFLEGEAUSBILDUNG**Zwölf statt zehn?**

~ Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) ist weiter beunruhigt über Pläne der EU-Kommission, die schulische Ausbildungszeit für Pflegeberufe zu verlängern. In Deutschland werde es zu einem Pflegenotstand kommen, wenn für solche Berufe künftig ein Schulbesuch von zwölf statt von zehn Jahren nötig sei, sagte Bahr.

Die Chancen, dass Deutschland die bisherige Pflegeausbildung behalten könne, seien im Verlauf der Diskussionen allerdings gestiegen. Berlin habe mittlerweile etliche EU-Länder auf seiner Seite, sagte Bahr – darunter Luxemburg, die Niederlande, Malta, Österreich und Großbritannien. Grund zur Entwarnung gebe es jedoch noch nicht.

MEHR INFO
ec.europa.eu/index_de.htm

„PFLEGEREPORT 2012“ DER BARMER GEK**Die Zuwachsraten gehen weiter zurück**

~ Die Zahl der Pflegebedürftigen ist zwischen 2007 und 2009 weniger stark gestiegen als im Vergleichszeitraum zwischen 2005 und 2007. Das weist der jetzt veröffentlichte „Pflegerreport 2012“ der Barmer GEK aus. „In den nächsten zwei Jahrzehnten wird der Zuwachs im Trend sogar noch weiter zurückgehen“, prognostiziert Gesundheitsökonom Prof. Dr. Heinz Rothgang vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen, dessen Team den Report zusammengestellt hat.

Besonders stark macht sich der Zuwachsrückgang in den ostdeutschen Bundesländern bemerkbar. In den Jahren 2005 bis 2007 war die Zahl der Pflegebedürftigen in den neuen Bundesländern zum Teil erheblich stärker angestiegen als im Bundesdurchschnitt, der 5,6 Prozent betrug: Brandenburg 14,1 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 11,3 Prozent,

Thüringen 7,7 Prozent, Sachsen-Anhalt 6,8 Prozent, Sachsen 6 Prozent. In den Jahren 2007 bis 2009 haben sich die Zuwachsraten im Osten dagegen merklich abgeschwächt – zum Teil in dramatischer Form: Brandenburg 0,8 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern 7,9 Prozent, Thüringen 6,6 Prozent, Sachsen-Anhalt -0,1 Prozent und Sachsen 3,7 Prozent.

In den alten Bundesländern dagegen fiel die Abschwächung laut „Pflegerreport 2012“ deutlich geringer aus. So stieg die Zahl der Pflegebedürftigen etwa in Baden-Württemberg von 2007 auf 2009 um 3,8 Prozent (2005 auf 2007: +5,2 Prozent), in Bayern um 1,3 Prozent (2005/2007: +3,8 Prozent) oder in Rheinland-Pfalz um 3,3 Prozent (2005/2007: +4,7 Prozent).

MEHR INFO
www.barmer-gek.de

BUNDESKABINETT BESCHLIESST GESETZENTWURF**Mehr Engagement für die Ausbildung**

Die Bundesregierung will die Aus- und Weiterbildung von Altenpflegern fördern. Das Kabinett in Berlin beschloss Mitte Januar einen Gesetzentwurf, wonach die Ausbildungsanstrengungen bis 2015 verstärkt werden sollen. Jedes Jahr sollen zehn Prozent mehr Altenpfleger ausgebildet und 4000 Pflegehelfer zu Fachkräften fortgebildet werden.

Der Bund hatte sich im Dezember mit den Wohlfahrts- und Fachverbänden in der Altenpflege auf einen Ausbildungspakt verständigt. Bestandteil ist auch, dass das dritte Ausbildungsjahr wegfallen kann, wenn jemand genügend Vorkenntnisse mitbringt. Das dritte Jahr einer Umschulung soll bis 2015 wieder von den Arbeitsagenturen finanziert werden. Die Finanzierung war Ende 2010 ausgelaufen. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums wächst der Personalbedarf in der Altenpflege rapide – bis 2030 werde die Zahl der Pflegebedürftigen um 40 Prozent steigen.



Ministerin Ruf nach besseren Bedingungen

Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung in Deutschland hat Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (Die Linke) bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte im Gesundheitswesen gefordert. „Wir benötigen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, variable Arbeitszeitsysteme und bessere Arbeitsbedingungen“, sagte die Politikerin in Potsdam.